

Antrag

der Abgeordneten Kerstin Andreae, Katja Dörner, Oliver Krischer, Sven-Christian Kindler, Ekin Deligöz, Anja Hajduk, Dr. Tobias Lindner, Britta Haßelmann, Kai Gehring, Özcan Mutlu, Brigitte Pothmer, Tabea Rößner, Manuel Sarrazin, Dieter Janecek, Dr. Thomas Gambke, Dr. Franziska Brantner, Matthias Gastel, Maria Klein-Schmeink, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Markus Kurth, Steffi Lemke, Dr. Konstantin von Notz, Cem Özdemir, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Elisabeth Scharfenberg, Dr. Gerhard Schick, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Markus Tressel, Jürgen Trittin, Dr. Julia Verlinden, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Heute für morgen investieren – Damit unsere Zukunft nachhaltig und gerechter wird

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Damit aus Ideen Innovationen werden, die auch in Zukunft gutes Leben in Deutschland möglich machen, muss heute investiert werden. In Köpfe, die heute und morgen diese Ideen entwickeln, in mehr Chancen für jeden Einzelnen und in gute Strukturen – in schnelles Internet, nachhaltige Mobilität und unsere Stromnetze. Und in Ideen, die die Klimakrise wirksam angehen und das Projekt Europa stark machen. Diese Investitionen haben eine Dividende, die in Zukunft alle erhalten und deshalb Deutschland gerechter machen.

Statt Antworten auf zentrale Zukunftsfragen unserer Zeit zu geben, lässt die Bundesregierung große Leerstellen. Ihre Investitionen kommen spät, fallen klein aus und setzen auf falsche Schwerpunkte. Die Bundesregierung verschleudert Milliarden mit unsinnigem Straßenbau und dem Betreuungsgeld, statt auf Aufbruch in Bildung und Forschung zu setzen und den Kampf gegen die Klimakrise aufzunehmen. Mit einem grünen Investitionspaket kann dieser Aufbruch gelingen.

In Zukunft investieren statt in teure Wahlgeschenke

Die finanzielle Ausgangslage des Bundes für notwendige Investitionen sieht kurzfristig gut aus. Stabile Konjunktur mit entsprechend guten Steuereinnahmen und niedriger Arbeitslosigkeit sowie die historisch niedrigen Zinsen bringen erhebliche finanzielle Spielräume. Gegenüber der letzten Finanzplanung spart die Bundesregierung bis 2019 rund 32 Mrd. Euro allein an Zinszahlungen. Bis 2019 werden rund 100 Mrd. Euro zusätzliche Steuereinnahmen erwartet.

Die Bundesregierung legt in dieser Situation ein 10-Mrd.-Euro-Investitionsprogramm auf und bietet den Kommunen ein 3,5-Mrd.-Euro-Sondervermögen an. Dies

ist ein kleiner und längst überfälliger Schritt. Ein großer Wurf angesichts des Verfalls der Infrastruktur landauf, landab ist es jedoch nicht.

Die finanziellen Spielräume werden weitgehend in teuren Wahlversprechen und Gestrigem verbaut. Damit Deutschland in der Zukunft besser dasteht, ist „Mehr für morgen“ notwendig. Investitionen in Köpfe und Zukunft, statt in Asphalt und gestern sind das Gebot der Stunde.

Investitionen für morgen, die ohne Schulden auskommen, sind notwendig. Dies leistet ein grüner Investitionsplan in Höhe von insgesamt 45 Mrd. Euro bis 2018. 12 Mrd. Euro davon sollen für europäische Zukunftsprojekte im Sinne eines Grünen New Deals und für die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen in Europa bereitgestellt werden, um durch die gemeinschaftliche Förderung europäischer Projekte die Investitionsklemme zu lösen und gleichzeitig das Projekt Europa zu stärken.

Für diese Investitionen braucht es Mut in der Haushaltspolitik. Sie finanzieren sich nicht von selbst. Strukturelle Reformen im Haushalt sind gerade jetzt möglich und notwendig: Umweltschädliche Subventionen abbauen, umschichten, entrümpeln und Einnahmen verbessern. All dies traut sich die Bundesregierung nicht. Nachhaltige Haushaltspolitik bleibt für sie ein Fremdwort. Statt wichtige Zukunftsaufgaben jetzt gerecht zu finanzieren, kippt die Bundesregierung die Kosten ihrer Ausgaben für ein Deutschland von gestern der nächsten Regierung vor die Füße.

Jetzt für morgen investieren statt nach Parteibuch

Im Nachtragshaushalt 2015 werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 7 Mrd. Euro auf die Ressorts aufgeteilt: 4,5 Mrd. Euro für CDU/CSU-geführte Ministerien und 2,5 Mrd. Euro für SPD-geführte Ministerien. Die Aufteilung erfolgt nicht nach inhaltlichen Schwerpunkten, sondern nach dem Parteibuch und mit der Gießkanne. Außerdem streicht die Bundesregierung die globalen Minderausgaben in Höhe von 3 Mrd. Euro, die zur Finanzierung des unsinnigen Betreuungsgeldes dienen sollten. Mit zielgerichteten Investitionen in die Zukunft hat das nichts zu tun. Es ist mehr als fraglich, ob die 3 Mrd. Euro überhaupt investiv verwendet werden.

Deutschland hat ein Investitionsproblem – das gilt für den Staat und private Unternehmen gleichermaßen. Trotz des frommen Wunsches, mehr zu investieren, stagniert die Investitionsquote bei unter 10 %. Eine marode Infrastruktur, ein unterfinanziertes Bildungssystem, Kommunen am Rande des finanziellen Kollapses und zu wenig Anstrengungen, Energieeffizienz zu finanzieren und erneuerbare Energien auszubauen – all das sind schwere Hypotheken für kommende Generationen. Schon heute gefährden diese ausbleibenden Investitionen den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Deutschland könnte aktuell viel mehr investieren, ohne die Schuldenbremse zu lockern. Doch die große Koalition verweigert hier seit Langem die Arbeit. Sie ist einer dogmatischen und symbolfixierten Haushaltspolitik verhaftet, statt durch Entrümpeln, Umschichten, Subventionsabbau und höhere Einnahmen Spielräume für kluge Investitionen in die Zukunft zu schaffen. Und dort, wo die Bundesregierung investiert, reicht es nur für Projekte von gestern – Weitblick und Gestaltungsideen für wirkliche Zukunftsinvestitionen finden sich kaum. Das ist nicht nur national ein Armutzeugnis, auch im europäischen Kontext erweist sich die Verweigerung als kurzfristig und unsolidarisch. Die Bundesregierung verschläft die Zeichen der Zeit, anstatt durch kluge Politik im nationalen und europäischen Rahmen Impulse zu setzen. Der geplante EU-Investitionsfonds bietet die Chance, endlich mehr Investitionen in Europas Zukunft zu ermöglichen. Doch die Bundesregierung ist bisher nicht bereit, sich finanziell am EU-Investitionsfonds zu beteiligen und somit zu seinem Erfolg beizutragen. Alle, vor allem die am stärksten von der Krise betroffenen EU-Staaten sollten jedoch dringend unterstützt werden, wenn sie heute für morgen investieren wollen. Aber anstatt Signalgeber für mehr europäische Zu-

kunftsinvestitionen und Solidarität zu werden, bleibt Deutschland als stärkste Volkswirtschaft weit hinter seinen Möglichkeiten und vor allem seiner Verantwortung zurück.

Das Sondervermögen von 3,5 Mrd. Euro für finanzschwache Kommunen ist lange überfällig. Der Druck der Kommunen und der Grünen hat hier Wirkung gezeigt. Angesichts des großen Investitionsstaus in den Kommunen kann das allerdings nur ein Anfang sein. Eine strukturelle Entlastung oder gar ein Abbau der umfangreichen Altlasten kann so nicht beginnen. Die kommunale Verschuldung steigt weiter. Der kommunale Investitionsstau ist mit 118 Mrd. Euro ein riesiger Eisberg versteckter Schulden.

Dabei waren die Versprechungen der Bundesregierung groß: Strukturelle Entlastungen von jährlich 5 Mrd. Euro für diese Wahlperiode waren den Kommunen längst versprochen, bislang aber gebrochen. Für das neue Sondervermögen fehlen klar definierte Investitionsziele.

Statt Forschung, Innovation und Investitionen anzureizen und die soziale Sicherung zielgenau zu verbessern, werden finanzielle Spielräume eingeengt. Allein das „Rentenpaket“ kostet im Jahr 2015 10 Mrd. Euro – vor allem aufgrund der sogenannten „Mütterrente“ – ohne die eigentlichen Probleme der drängenden Altersarmut anzugehen. Die zukünftigen Kostensteigerungen zahlen nicht zuletzt die Rentnerinnen und Rentner über ein sinkendes Rentenniveau. Statt konsequent in frühkindliche Bildung und Kitaplätze zu investieren, wird das Betreuungsgeld gezahlt. Statt durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und den Erhalt von kaputten Verkehrswegen Voraussetzungen für moderne Mobilität zu schaffen, baut diese Regierung noch mehr neue Straßen, während die alten zerbröseln. Bei der Bundeswehr werden Milliarden Euro in Rüstungsdesastern verschwendet, während die internationalen Versprechen Deutschlands beim Klimaschutz gebrochen werden. Mit diesem Haushalt verschuldet sich die Bundesregierung bei den kommenden Generationen.

Keine Schattenhaushalte und Privatrenditen auf Kosten aller

Bundesverkehrsminister Dobrindt will die Öffentlichen-Privaten Partnerschaften (ÖPP) im Straßenbau noch weiter ausbauen. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat eine Expertenkommission eingesetzt, deren Aufgabe es ist, den Finanzierungsstau bei der Infrastruktur zu beheben. ÖPP soll in diesem Rahmen ein großes Revival erleben.

Das Haushaltsrecht setzt einen festen Rahmen und klare Vorgaben für staatliche Aufträge an die Privatwirtschaft: Wirtschaftlichkeit, politische Kontrolle und Transparenz sind elementar. Aus den Erfahrungen ist bekannt: ÖPP-Projekte als Finanzierungsalternative staatlicher Aufgaben werden politisch nur unzureichend kontrolliert, sind intransparent und im Vergleich zur Finanzierung durch die öffentliche Hand unwirtschaftlich. Das haben Bundesrechnungshof und Länderrechnungshöfe anhand von Projekten nicht nur im Straßenbau, sondern auch im Hochbau dargelegt. Für den Steuerzahler ist eine solche Lösung teuer. Zudem droht mit forcierten ÖPP-Straßenbauprojekten ein Flickenteppich von verschiedensten Verträgen zu entstehen, der die staatliche Handlungsfähigkeit stark einschränken würde. Hinzu kommt noch, dass diese Projekte auch mittelstandsfeindlich sind, denn zum Zug kommen hier nur wenige Großunternehmen.

Mit dieser extrem teuren Form der Infrastrukturfinanzierung umgeht die Bundesregierung die Schuldenbremse. Anstatt ÖPP zu forcieren, sollte der Staat vielmehr klare Prioritäten bei den Investitionen im Haushalt setzen und Anreize dafür schaffen, das private und unternehmerische Investitionsklima in Deutschland zu verbessern.

Good Governance statt Geldverschwendung

Die Bundesregierung verschwendet viel Geld. Die Kostenexplosionen bei Rüstungsprojekten, bei neuen Autobahnen oder bei Großprojekten wie dem Flughafen BER zeigen deutlich: Es gibt in der Planung, in der Kontrolle und in Fragen der Transparenz enorme Defizite. Hier traut sich die Bundesregierung nicht ran und sieht zu, wie das Geld weiter zum Fenster rausgeschmissen wird. Verfestigte und ineffiziente Strukturen, die Partikularinteressen geschuldet sind, gibt es in vielen Bereichen. Um sie aufzubrechen, braucht es ein aktives Controlling des Staates mit einer effizienten Planung, Lenkung, Steuerung und Kontrolle der öffentlichen Aufgaben und Prozesse. Good Governance: Das sollte der Grundsatz in allen Ressorts im Haushalt sein.

II. Der Deutsche Bundestag ist entschlossen, einen Investitionsplan im Umfang von 45 Mrd. Euro auf den Weg zu bringen und im Haushaltsverfahren zu konkretisieren. Dieser enthält die folgenden Elemente:

Nur durch Zukunftsinvestitionen kann Deutschland weiter erfolgreich wirtschaften und gerechter werden. Nur durch Zukunftsinvestitionen bleibt Deutschland lebenswert. Zukunftsdividenden bringen dabei vor allem Investitionen in die Köpfe, ins Klima und eine lebenswerte Umwelt sowie in Infrastrukturen für die Informations- und Mobilitätswelt des 21. Jahrhunderts. Diese sind das Kernkapital einer erfolgreichen sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. 45 Mrd. Euro gezielt zukunftsfähig investieren – das ist das politische Gebot der Stunde.

Die folgenden Maßnahmen sind hierfür zentrale Bausteine:

1. Heute für morgen investieren – Damit Europa neue wirtschaftliche Impulse erhält und noch stärker zusammenwächst

Deutschland soll sich mit 12 Mrd. Euro am geplanten EU-Investitionsfonds (EFSI) beteiligen, um europäische Zukunftsinvestitionen im Sinne eines Grünen New Deals sowie kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Europa braucht dringend mehr Investitionen in Energienetze, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Schieneninfrastruktur, schnelles Internet sowie Bildung und Forschung. Neben Anreizen für private Investitionen müssen auch öffentliche Projekte im Rahmen des EU-Investitionsfonds finanziert werden, um wichtige Probleme wie die Nachfrageschwäche oder die mancherorts massiv eingebrochenen Investitionen der öffentlichen Hand zu lösen. Öffentlich bereitzustellende Infrastrukturmaßnahmen müssen über die für den Steuerzahler beste Finanzierungsform finanziert werden. Zudem muss der EFSI so ausgestaltet sein, dass er nicht in der Grundanlage ein Programm zur Förderung von europäischen ÖPP-Projekten darstellt. Der EU-Haushalt muss außerdem in Zukunft zusätzliche öffentliche Investitionen möglich machen. Der anstehende Review-Prozess muss daher genutzt werden, um den EU-Haushalt zu stärken, neue EU-Eigenmittel zu erschließen und über die bisherigen Strukturfonds hinaus bessere Möglichkeiten für die Förderung öffentlicher Investitionen gerade auf regionaler und kommunaler Ebene zu schaffen.

2. Heute für morgen investieren – Damit wir ein Wissenschaftswunder entfachen

Ein innovatives Land braucht starke Hochschulen. Wissenschaft braucht neugierige Menschen und die brauchen die notwendigen Räume und Ausstattung, also „moderne Infrastrukturen des Wissens“. Als Initialzündung für ein Wissenschaftswunder sollen Bund und Länder ein neues zeitlich begrenztes Modernisierungsprogramm auf den Weg bringen. Bis 2020 sollen Bauten und Ausstattung wieder auf der Höhe der Zeit sein: von den Hörsälen bis zu den Bibliotheken, von den digitalen Infrastrukturen bis zur Studienplatzvergabe, von den For-

schungsgeräten bis zu den Wohnheimplätzen. 2 Mrd. Euro jährlich sind bereitzustellen. Zudem braucht es eine neue Innovationskultur, die auf den Ideenreichtum und Erfindergeist von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt. Sie sollen eine Steuergutschrift in Höhe von 15 Prozent für all das bekommen, was sie für Forschung und Entwicklung ausgegeben haben.

Erfolgreiche Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen. Ein Schritt ist die überfällige Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Ein weiterer Schritt ist ein Bund-Länder-Programm für 10.000 zusätzliche Nachwuchsstellen mit Tenure-Track-Chance. Hierfür sollen 500 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden.

3. Heute für morgen investieren – Damit 10.000 Schulen besser für die Zukunft vorbereiten

Das durchschnittliche Parkhaus ist in einem besseren Zustand als so manche Schule nebenan. Dabei sind Bildungschancen Zukunftschancen und gute Schulen zentral für die Zukunft: Für die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen, für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, aber auch für die Attraktivität von Städten und Dörfern.

Allerdings hat die oft sehr schlechte Finanzlage der Städte und Gemeinden in den letzten zehn Jahren viele Investitionen verhindert. Dahinter verbergen sich konkrete Mängel: Tausende von Schulen ohne Mensen oder Möglichkeiten, an und mit digitalen Medien zu lernen, mit baufälligen Sporthallen oder zugigen Klassenräumen, ohne Räume für naturwissenschaftlichen oder handwerklichen Unterricht. Nur knapp 40 Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren können derzeit eine Ganztagschule besuchen, dabei wünschen sich 70 Prozent der Eltern einen Ganztagsschulplatz für ihr Kind.

Mit einem Investitionsprogramm „10.000 Schulen fit für die Zukunft“ in Höhe von 10 Mrd. Euro sollen die Kommunen als Schulträger bei der baulichen, energetischen und behindertengerechten Sanierung und den Ganztagerfordernissen der Schulen unterstützt werden. Finanziert werden können Maßnahmen für Barrierefreiheit und Inklusion, Voraussetzungen für ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote, Einbau von Mensen oder Küchen, die Öffnung der Schule in den Stadtteil bzw. in die kommunale Bildungslandschaft, Um- und Neubauten zur Bewältigung des demografischen Wandels, optimierte Medienverfügbarkeit und -nutzung in den Schulen und die energetische Schulgebäudesanierung.

4. Heute für morgen investieren – Damit unsere Kleinsten noch besser gefördert und betreut werden

Die Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote hängt von vielen Faktoren ab. Allen voran der Ausbildung und der Zahl der Erzieherinnen und Erzieher, die sich den Kindern widmen.

Zur Förderung der Qualität in den Kindertageseinrichtungen soll im SGB VIII die Fachkraft-Kind-Relation definiert werden. In Zukunft sollen vier Kinder unter drei Jahren von mindestens einer Fachkraft betreut werden. Für über Dreijährige soll mindestens eine ausgebildete Bezugsperson für zehn Kinder zur Verfügung stehen. Zu berücksichtigen sind auch die Zeiten, die die Fachkräfte zur Vor- und Nachbereitung, für Team- und Elterngespräche, Fort- und Weiterbildung etc. brauchen. Sie sollten nicht von der direkten Zeit mit den Kindern abgehen.

Außerdem soll ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in Kita und Tagespflege für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr im SGB VIII verankert werden.

Da der Ausbau der frühkindlichen Bildungsangebote eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, soll sich der Bund mit 1 Mrd. Euro jährlich an der Finanzierung beteiligen.

5. Heute für morgen investieren – Damit Arbeitslose, AsylbewerberInnen und Geduldete besser in Arbeit kommen

Immer weniger Arbeitslose werden in Arbeit vermittelt, denn der „Fachkräftearbeitsmarkt“ Deutschland benötigt qualifizierte Beschäftigte. Doch nahezu die Hälfte aller Arbeitslosen hat keine oder nur eine veraltete Ausbildung. Das führt dazu, dass vor allem immer mehr Geringqualifizierte abgehängt werden und sich in Langzeitarbeitslosigkeit wiederfinden. Eine weitere Gruppe bleibt außen vor: AsylbewerberInnen und Geduldete. Allein 2015 haben mindestens 160.000 von ihnen Anspruch auf Unterstützung durch Arbeitsagenturen und Jobcenter, ohne dass dafür die entsprechenden Mittel und Strukturen zur Verfügung stehen. Deshalb braucht es eine Qualifizierungsoffensive für Arbeitslose, AsylbewerberInnen und Geduldete. Mit einer halben Milliarde Euro jährlich sollen bis zum Ende dieser Wahlperiode rund 90.000 arbeitslose Menschen nachhaltig qualifiziert werden. Mit weiteren rund 250 Mio. Euro pro Jahr werden Flüchtlinge qualifiziert beraten und bei der Anerkennung von beruflichen Abschlüssen oder mit berufsbezogenen Deutschkursen unterstützt. Mit beiden Maßnahmen können Brücken in Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe gebaut und dreifacher Mehrwert – Qualifikation, Integration und Fachkräftesicherung – erreicht werden.

6. Heute für morgen investieren – Damit wir in jedem Alter selbstbestimmt leben können

Mit einem Förderprogramm „Gesundes und barrierefreies Wohnen im Stadtquartier“ soll an das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ angeknüpft werden. Es soll um die Aspekte Gesundheitsförderung, Teilhabe im Alter, Mobilität und generationenübergreifendes Engagement ergänzt und qualitativ weiterentwickelt werden. Das Instrument des Quartiersmanagements soll genutzt und entsprechend erweitert werden, um neben der sozialen Ungleichheit auch den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden. Im Rahmen des Programms sollen auch Stadtteilkoordinationsbüros finanziert werden, die als „Kümmerer“ die Strategie vorantreiben. Mit der Finanzierung der Strategie „Gesundes und barrierefreies Wohnen im Stadtquartier“ wird so ein Prozess angestoßen, der zum systematischen Aufbau von selbsttragenden und nachhaltig wirksamen Strukturen im Quartier beiträgt – für ein gutes solidarisches Zusammenleben in Stadtteilen oder Quartieren, für lebendige Nachbarschaften für die Aktivierung von gesundheitsförderlichen bis hin zu sorgenden Initiativen.

Mit einem „Bewegungsfreiheitsbonus“ – einem Zuschuss für den Abbau von Barrieren – soll der Wunsch vieler Menschen nach mehr Freiräumen in ihrer Wohnung und ihrem Wohnumfeld möglich werden. Hierzu soll das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ weiterentwickelt werden. Nicht nur ältere Menschen können bauliche Hürden schlecht umgehen, auch Kinder, Schwangere und junge Eltern. Mehr Bewegungsfreiheit macht unsere Wohnungen und Quartiere fit für die Zukunft und schafft Platz für Autonomie und persönliche Entfaltung. Als zusätzliches Plus wird mit dem „Bewegungsfreiheitsbonus“ das örtliche Handwerk unterstützt werden.

7. Heute für morgen investieren – Damit unser Dorf Internet wird

Auf dem Land fehlt es viel zu oft an schnellen Internetanschlüssen. Der ländliche Raum ist abgehängt und wird dies auch auf lange Sicht bleiben, wenn nicht massiv in den Breitbandausbau investiert wird. Investitionen in Breitband lohnen sich: Würde die durchschnittliche Breitbandgeschwindigkeit verdoppelt, käme es zu einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent. Auch die

Energiewende profitiert durch Smart Grid. Hier rechnet man mit Effizienzgewinnen in Höhe von 9 Mrd. Euro und zusätzlichen Wachstumsimpulsen in Höhe von 1,7 Mrd. Euro jährlich. Darum muss jetzt in die digitale Zukunft auf dem Land investiert und der Breitbandausbau beschleunigt werden. In Zukunft soll an jedem Ort in Deutschland eine Internetverbindung mit 50 Mbit/s zur Verfügung stehen. Durch ein Förderprogramm soll vor allem den kommunalen Anbietern in unwirtschaftlichen Regionen eine Investition ermöglicht werden. Zum anderen sollen zinsgünstige Darlehen für Privatunternehmen in Form von KfW-Mitteln bereitgestellt werden, um investitionswilligen Unternehmen und den beteiligten Banken eine langfristige Sicherheit zu geben.

8. Heute für morgen investieren – Damit wir nachhaltig und vernetzt mobil sein können

Die Bundesregierung verwaltet in der Verkehrspolitik den Status quo, setzt auf teure ÖPP-Projekte und neue Autobahnen, für die es keinen Bedarf gibt. Die Leitidee zukunftsfähiger Verkehrspolitik ist jedoch nachhaltige Mobilität. Deutschland wird fit für die Zukunft, wenn es den öffentlichen Personennahverkehr modernisiert und den Fahrradverkehr gezielt fördert. Der anhaltende Fahrgastboom in den Ballungsräumen macht auch den weiteren Ausbau leistungsfähiger Nahverkehrssysteme notwendig. Um den faktischen Investitionsstopp und den entstandenen Sanierungsstau in Milliardenhöhe zu beheben, ist ein Sonderprogramm für den Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastrukturen für den öffentlichen Verkehr dringend erforderlich.

Der öffentliche Verkehr muss Ausgangspunkt für vernetzte Mobilitätsdienstleistungen werden, die Verkehrsmittel intelligent verknüpfen. Mit Hilfe eines Sonderprogramms soll Deutschland vom Land der Haltestellen zum Land der Mobilitätspunkte werden. An ihnen sollen Bürgerinnen und Bürger barrierefrei zwischen ÖPNV, Fahrrad oder Carsharing umsteigen sowie E-Fahrzeuge und Pedelecs aufladen können.

Deutschland sollte den Radverkehr als effiziente, klimafreundliche und leise Fortbewegungsart systematisch ausbauen. Investitionen in Radverkehrsinfrastruktur sind in der Regel kostengünstig und zahlen sich auch in Form verminderter Gesundheitsausgaben aus. Um das Radfahren auch für mittlere Distanzen zur attraktiven Option zu machen, muss Deutschland Radschnellwege in das Verkehrsnetz integrieren. Sie verbinden wichtige Ziele innerhalb einer Kommune oder einer Stadt-Umland-Region und etablieren ein sicheres Radfahren. Die Bundesregierung muss die Mittel für die Fahrradverkehrsinfrastruktur im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes zweckgebunden erhöhen. Mit einem gesonderten Bundesprogramm ist der Ausbau sicherer Abstellanlagen an Schnittstellen mit dem Schienenpersonennahverkehr zu fördern.

9. Heute für morgen investieren – Damit wir uns in und vor der Klimakrise schützen

Zum Schutz vor und in der Klimakrise braucht Deutschland ein „Programm Klimaversicherung“, das dringende Maßnahmen zur Verhinderung der Klimakatastrophe und zum Schutz vor den Auswirkungen verbindet. Mit einem Maßnahmenbündel sollen Menschen, Städte, Umwelt und Natur zugleich einen größeren Beitrag zur Minimierung des Klimawandels leisten und widerstandsfähiger für seine Folgen gemacht werden. Diese Investitionen umfassen ein Volumen von rund 2 Mrd. Euro.

Zum Schutz vor kommenden Hochwassern sollen die Auen entlang der Flüsse reaktiviert werden und der ökologische Hochwasserschutz insgesamt prioritär finanziert werden.

Die geschädigten und versiegelten Böden müssen wieder ihre natürliche Funktion als CO₂- und Wasserspeicher erfüllen können. Dazu werden gezielte Entsiegelungsprogramme und ein Moorrenaturierungsprogramm aufgelegt.

Wälder und Meere sind zentrale CO₂-Speicher. Damit diese Ökosysteme stabil bleiben und in einen besseren Zustand versetzt werden, ist der Meeresschutz zu intensivieren, insbesondere müssen die Belastungen durch Überdüngung und Plastikmüll entscheidend verringert werden. Ein bundesweites Waldprogramm soll den Umbau der Wälder – insbesondere nach Sturmschäden – zu stabilen Buchenwäldern unterstützen.

Programme zur Stadtbegrünung und zur Klimaanpassung im Rahmen der Städtebauförderung sollen die Menschen besser vor den Folgen von Hitze und Starkregen schützen und einen Beitrag der Städte zum Klimaschutz unterstützen.

10. Heute für morgen investieren – Damit eine neue Stromwelt entsteht

Speichersysteme werden in der neuen Stromwelt eine Schlüsselstellung einnehmen. Sie halten die Stromnetze stabil und können als Schnittstelle zwischen Strom-, Wärme- und Mobilitätssektor dienen. Durch die sinnvolle Nutzung überschüssig erzeugten Stroms erhöhen sie die Wirtschaftlichkeit im Energiesystem.

Um die Energieinfrastruktur fit für die neue Stromwelt zu machen, sollen 400 Mio. Euro für ein Investitionsprogramm „Neue Stromwelt“ bereitgestellt werden. So können 100.000 Speicher installiert werden, die die Erzeugungsspitzen von Wind und Photovoltaik abfedern und die Netze stabilisieren. Zudem sollen effiziente und umweltfreundliche Anwendungen vom Ökostrom insbesondere in Wärmenetzen („Power to Heat“) sowie die Entwicklungs- und Markteinführungsprogramme für Power-to-Gas-Anlagen zur Stärkung der Verknüpfung von Strom-, Wärme und Mobilitätssektor gefördert werden.

Berlin, den 21. April 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion